Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 271. Donnerstag den 28. September 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Für den Termin **Michaelis d. J.** sind **vier Ausstattungsstipendien** im Betrage von 77 ℳ 8 ₰, 67 ℳ 45 ₰ und zweimal 40 ℳ 47 ₰ an **hiesige arme, unbescholtene Bürgerstöchter,** deren Verheirathung in die Zeit von Michaelis vorigen Jahres bis Michaelis d. J. fällt, von uns zu vergeben, und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der **Eheschließungs-Bescheinigung,** eines von **zwei hiesigen Bürgern** bei Bürgerpflicht ausgestellten **Zeugnisses** über die **Unbescholtenheit** und **Bedürftigkeit** der Bewerberin, sowie, was das eine, nur an **ehelich geborene** zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 47 ₰ anlangt, **einer Geburtsbescheinigung** bis zum 4. October d. J. auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 15 einzureichen.

Leipzig, den 15. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In **obiger Fleischhalle sollen die miethfreien Abtheilungen Nr. 8, 22, 28** und **31 sofort** gegen **einmonatliche Kündigung** an die **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf

Sonnabend, den 30. d. M., Vormittags 11 Uhr,

an Rathsstelle, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anberaumt.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 16. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdg.

Gewölbe-Vermiethung.

Das gegenwärtig an Herrn Kaufmann Salomon vermiethete **Gewölbe Nr. 5 in der Georgenhalle** (Brühlseite) soll **vom 1. Januar 1883 an gegen einhalbjährliche Kündigung**

Freitag, den 6. October ds. Js.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, **an den Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 19. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stdg.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Serie I. Nr. 57139 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen 3 Monaten und längstens am 30. December d. J. zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zwecke der Rückgabe gegen Belohnung, bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Ansprüche der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 26. September 1882.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Oeffentliche Plenar-Sitzung der Handelskammer

Freitag, den 29. September dieses Jahres, Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaale, Neumarkt 19, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Bericht des Verkehrs- und des Zoll- und Steuer-Ausschusses über die Vorlage des Reichs-Eisenbahnamtes, **Vorschriften im Frachtbriefe wegen der Abfertigung bei einem bestimmten Zollamte** betr.
3. Bericht des Verkehrs-Ausschusses über: a. die **Eisenbahn-Conferenzen** in Berlin und Magdeburg; b. die von der Handelskammer zu **Frankfurt a/M.** mitgetheilte Petition, Beseitigung der **Verschiedenheit der Postwerthzeichen** betr.; c. die Zuschrift der Handelskammer zu **Insterburg,** Ermäßigung der **Frachtsätze für Getreide** im Verkehr zwischen Ostpreußen und Mitteldeutschland betr.
4. Ausschußbericht über die Vorlage des Raths, **Abkürzung der Wochenmärkte** betr.
5. Feststellung des quantitativen Theiles und der Einleitung zum 2. Theile des **Jahresberichtes für 1881.**
6. Berichte des Finanz-Ausschusses über: a. das Gesuch des Vereins zur Förderung der **Handelsfreiheit** um Fortgewährung des Jahresbeitrags; b. die Zuschriften der II. Section des Börsenvorstandes, die Einrichtung des **Locals am Roßmarkte** und Anstellung eines **Aufwärters** für dasselbe betr.; c. das Gesuch des Vorstandes der **Börsenhalle,** Verwendung des Ueberschusses zu einem **Erneuerungsfond** betr.
7. Bericht des Ausschusses für die **Börsenbau-Frage,** das weitere Vorgehen in derselben betr.

Bekanntmachung.

In Veranlassung der durch Legung von Pferdebahngeleisen im **Grimmaischen Steinweg** und der **Hospitalstraße** bedingten Umpflasterung dieser Straßen sind die Besitzer der an denselben angrenzenden Grundstücke nach unserer Bekanntmachung vom 10. März vorigen Jahres verpflichtet, die Trauf-, Fallrohr- und Wirthschaftswässer durch unterirdische Beischleußen für ihre Rechnung direct in die Hauptschleuße abzuleiten, und zwar sind diese Anlagen auf Kosten der Betheiligten durch uns, nachdem das hierfür zu berechnende Bauschkostenquantum eingezahlt ist, außerhalb der Privatgrundstücke innerhalb des Straßenkörpers auszuführen.

Wir fordern daher die Besitzer bez. Administratoren der an genannten Straßentracten angrenzenden Grundstücke auf, wegen Unterführung der Fallrohre, beziehentlich wegen nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Ausführung der Arbeiten rechtzeitig auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen, außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Die Höhe der hierfür zu hinterlegenden Bauschkosten wird einem Jeden der Betheiligten mittelst besonderer Zufertigung bekannt gegeben werden.

Auch sind etwa beabsichtigte, die bezeichneten Straßentracte berührende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen vor der Pflasterung auszuführen.

Mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters werden Arbeiten der vorgedachten Art im Straßenkörper während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendeter Pflasterung in der Regel nicht zugelassen werden.

Leipzig, am 25. September 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Der im hiesigen Georgenhause detinirt gewesene, am 3. Juli 1852 allhier geborene Handarbeiter **Heinrich Mittenenzwei** ist am 7. dss. Mts. vom Ausgange nicht zurückgekehrt und treibt sich vermuthlich arbeitslos und bettelnd umher.

Wir ersuchen, denselben im Betretungsfalle zu verhaften und uns schleunigst davon in Kenntniß zu setzen.

Leipzig, am 24. September 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Junck, Pol.-Rath. Rdr. Faldig.

Nichtamtlicher Theil.

Der slavische Ansturm in Oesterreich.

Schon seit Wochen gelangen aus Böhmen, Mähren und Südösterreich bezüglich der Lage der dortigen Deutschen die trostlosesten Nachrichten zu uns. Auf der ganzen Linie, sowohl im Norden als im Süden Oesterreichs, haben die Slaven zu einem allgemeinen Ansturm gegen das deutsche Element Oesterreichs, seit Jahrhunderten der Grundpfeiler dieses Staates, sich erhoben und wir müssen es zu unserem Bedauern, ja tiefem Schmerze gestehen, daß die Feinde der deutschen Nationalität in Oesterreich, abgesehen davon, daß jene schon seit langer Zeit nur allzu einflußreich und mächtig, unter der gegenwärtigen Regierung alle Aussicht haben, die Deutschen völlig an die Wand zu drücken und das alte deutsche Oesterreich in einen jungslavischen Staat zu verwandeln.

Im Norden wie im Süden ist es gegenwärtig zumal die deutsche Schule, welche von den Slaven in fanatischer Weise bedrängt und durch die verwerflichsten Agitationsmittel in ihrem Bestande bedroht wird. In Böhmen wie in Krain ertönt im slavischen Lager der Ruf: „Fort mit den deutschen Schulen!" Die Deutschen aber, die leider ihren Gegnern gegenüber lange nicht einmüthig und energisch genug handeln und zusammenstehen, haben auf dem Schulgebiete um so mehr schon an Boden verloren, als in diesem Kampfe die Behörden sich nicht allein völlig passiv verhalten, sondern sogar an manchen Orten, wohl auf „höhere Winke", mit den Slaven gemeinschaftliche Sache machen. Wenn in diesem bedauerlichen nationalen Kampfe nicht bald zu Gunsten der Deutschen Oesterreichs ein durchgreifender Umschwung eintritt, so müssen wir eben gestehen, daß wir die nationale Zukunft und Fortentwickelung unserer Stammesgenossen im Osten als ernstlich gefährdet betrachten.

In politischen Kämpfen darf man sich, wie im Kriege, keinerlei Illusionen und unüberlegten Voraussetzungen hingeben. Alle Mittel und Aussichten des Angriffes wie der Vertheidigung müssen vielmehr im eigenen Lager, sowie in dem des Feindes völlig objectiv und kaltblütig erwogen und abgeschätzt werden. Wenn dies die Deutschen in Oesterreich thäten, so würden sie alsbald zu dem Schlusse gelangen, daß ihnen in Böhmen wie in Krain die Slaven an Zahl nicht allein bedeutend überlegen sind, sondern daß sie auch eine Parteiorganisation besitzen, wie eine solche unter den Deutschen leider nicht vorhanden ist.

Im slavischen Lager steht Alles, Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauer, gegen die Deutschen zusammen wie ein Mann. Der Commandoruf der Führer wird auf der ganzen slavischen Linie mit musterhafter Disciplin befolgt und sofort ausgeführt. Nicht so im deutschen Lager, wo eine Menge Parteischattirungen, Rücksichten und Sonderinteressen ein einmüthiges, erfolgreiches Vorgehen schon von vornherein verhindern. Dazu gesellen sich noch Illusionen über die Ränke des Deutschthums in gewissen österreichischen Provinzen, irrige Vorstellungen, die von den Wiener Journalen entweder aus Unkenntniß oder absichtlich im „Parteiinteresse" verbreitet und in Deutschland, wo man den österreichischen Verhältnissen ferner steht, vielfach geglaubt werden. Da ist beispielsweise in den Wiener Blättern immer von dem Deutschthume in Mähren und Oesterreichisch-Schlesien die Rede, welches aber thatsächlich nur in den Städten und größeren Ortschaften vorhanden ist. Die Dörfer und die sonst auf dem Flachlande jener Provinzen zerstreuten Bewohner sind dagegen slavisch und stellen zur slavischen Bewegung in Oesterreich ein sehr ansehnliches Contingent. Zu unserer Ueberraschung mußten wir auch jüngst eine amtliche statistische Zusammenstellung der verschiedenen österreichischen Nationalitäten lesen, in der Krain ein „urdeutsches" Land genannt wurde. Nun ist aber in ganz Krain, die kleine deutsche Sprachinsel Gotschee ausgenommen, die gesammte Bevölkerung slavisch, ja selbst die Deutschen in den Städten und größeren Flecken sind nur solche, die von außen her eingewandert sind.

Diese und ähnliche irrige Vorstellungen über die Zahl und Machtverhältnisse des Deutschthums in Oesterreich wirken auf seine Widerstandskraft und die damit verbundene Agitation gewiß nicht vortheilhaft. Wir meinen vielmehr, wenn die Deutschen Oesterreichs ihrer Minderzahl und mancher anderen Nachtheile sich klar bewußt wären, so würde sie diese Erkenntniß gerade veranlassen, den slavischen Ansturm wirklich einmüthig und mit aller Kraftentfaltung abzuweisen.

Leipzig, 28. September 1882.

Die Londoner „Times" gilt bekanntlich als das Weltblatt par excellence. Das weiß Niemand besser als ihre Herausgeber selbst, und sie hegen eine außerordentlich hohe Meinung von der Unerschütterlichkeit des Ansehens der „Times"; wenigstens stutzigen sie manchmal daraufhin mit einer Ungeduldigkeit, welche nur durch die Stärke eben jenes Selbstgefühls begreiflich wird. Das ist heute einmal wieder in außergewöhnlichem Maße der Fall. Das Cityblatt brachte einen Artikel, der nichts Geringeres bezweckt als eine Denunciation der deutschen Politik an die Adresse Frankreichs. Deutschland sei, so werden die Leser der „Times" belehrt, darauf aus, um den Preis Egyptens, dessen uneingeschränkter Besitz England zugestanden werden würde, dieses der französischen Alliance zu entfremden und der deutschen Interessensphäre zuzuführen. Gegen dieses selbstgeschaffene Trugbild zieht nun der „Times"-Artikelschreiber mit Beweisgründen ins Feld, die genau ebenso fadenscheinig sind und ein mehr als naives Leserpublicum voraussetzen. „W. T.-B.", welches einen kurzen Auszug des widersinnigen „Times"-Artikels mittheilt, bemerkt sehr richtig, daß deutscherseits in London niemals auch nur die geringsten Versuche gemacht worden sind, das dortige Cabinet wegen seiner egyptischen Pläne zu sondiren, daß die Berliner Politik vielmehr nach wie vor in der allerstrengsten Zurückhaltung verharrt, und die „Times" mit ihren famosen Ausführungen ganz und gar auf falscher Fährte wandelt. Es ist aber bezeichnend, daß, während von Eröffnung diplomatischer Verhandlungen wegen Egypten noch nicht das Geringste verlautbart, schon Versuche — und zwar solch plumpe Versuche — gemacht werden, das gegenseitige Vertrauen zu stören. — Auch die „Revue politique et littéraire", eine der angesehensten periodischen Zeitschriften Frankreichs, zieht Deutschland in die egyptische Frage hinein, indem sie die Frage stellt, welche Verwickelungen Frankreich von Seiten Deutschlands zu besorgen haben könnte, falls die Republik sich zu einer Intervention am Nile bewogen finden sollte. „Keine", antwortet die „Revue" selber in höchst verständiger Weise. In der That gehört ein gutes Theil Unverstand oder böser Wille dazu, der deutschen Politik einen solchen Schwabenstreich zuzutrauen, als die Ausspielung des egyptischen Trumpfes in einer Partie, an welcher Deutschland als directer Mitspieler gar nicht betheiligt ist. So selbstverständlich das erscheint, so nothwendig bleibt die periodische Wiederholung auch dieser einfachen Wahrheit.

Zur auswärtigen Lage wird uns noch aus Berlin vom 26. September geschrieben: „Graf Münster, der deutsche Botschafter in London, trifft heute oder morgen von Varzin, wo er sich zum Besuche des Fürsten Bismarck aufhält, hier wieder ein, um als der Ueberbringer von Eröffnungen an den englischen Premier nach London zurückzukehren. Man legt den Informationen, die der Botschafter dem Reichskanzler geben konnte, eine um so größere Bedeutung bei, als es in intimeren Kreisen bekannt ist, wie sehr sich Gladstone in jüngster Zeit befliißen gezeigt hat, engere Fühlung mit dem Grafen Münster zu nehmen und ihn ebensowohl von der Uneigennützigkeit der britischen Politik in Egypten wie von der ehrenvollen Rolle zu überzeugen, welche Deutschland in der Unterstützung der englischen Friedensmissionen durchführen könnte. Welche Aufnahme diese Liebenswürdigkeiten hier gefunden haben oder noch finden werden, ist natürlich einstweilen das Geheimniß des Varziner Gutsherrn, aber jene unverkennbaren Annäherungsversuche erwecken schon darum ein berechtigtes Interesse, weil sie die Thatsache einer Lockerung der englisch-französischen Beziehungen vor aller Welt klar stellen kann. Es ist deshalb unrichtig und entspricht nicht entfernt den Anschauungen an orientirter Stelle, wenn der viel bemerkte jüngste „Times"-Artikel, der Herrn Gladstone vor dem Anschluß an Deutschland und vor dem Aufgeben der französischen Freundschaft warnt, als der Ausdruck der Meinung des englischen Cabinets angesehen wird, welches damit die angeblichen Bemühungen des Fürsten Bismarck zurückweisen wolle. Dieser Artikel ist vielmehr nichts als ein privater Erguß, der indessen den Werth hat, daß seine Animosität gegen Deutschland nur schlecht oder gar nicht das Vorhandensein vertraulichster Besprechungen zwischen Berlin und London verhüllen kann. Allem Anschein nach ist eine ganz neue und merkwürdige Gruppirung der Mächte im Entstehen begriffen, bei welcher der deutsche Kanzler wieder einmal zeigen mag, daß er als Meister der Realpolitik selbst aus seinen eigenen Fehlern Vortheile zieht. Denn den Irrthum, den er beging, als er neuerdings Frankreich sich dauernd verpflichten wollte, sieht er im Begriff, dadurch auszugleichen, daß er die Isolirung des Pariser Cabinets vollendet und seine eigene Freundschaft den Engländern unentbehrlich macht."

Der kirchliche Radicalismus in Berlin hat in einer neuen Parteibildung, die unter den Auspicien einer Anzahl von fortschrittlichen Politikern ins Leben trat und sich den Namen einer „kirchlichen Volkspartei" beilegte, einen bezeichnenden und wenig erfreulichen Ausdruck gefunden. Die neue Partei kann der kirchlichen Freiheit und den Bestrebungen eines maßvollen besonnenen Liberalismus nur schaden, indem sie die Ziele und Grundsätze, die der letztere in langem Kämpfen und Ringen verfolgt und bethätigt hat, zu einem Programm mit theils unklaren, theils bedenklichen radicalen Forderungen erweitert, politische Parteizwecke mit den kirchlichen Fragen verquickt und durch Ueberspannung des freisinnigen Princips der orthodoxen Reaction in die Hände arbeitet, wie es auf politischem Gebiet ebenso der Fall ist. Was an dem Programme der fortschrittlichen Reformer gut ist, hat die kirchlich liberale Partei auch vorher bekannt, erstrebt und erfolgreich verfochten, was neu hinzugekommen, wird nur Viele abschrecken, gewiß aber in den Massen die geschwundenen kirchlichen Interessen nicht beleben. Die Redner der neuen Partei ergingen sich in recht mißgünstigen Ausfällen gegen die protestantenvereinliche Richtung, die den Aufgaben der Zeit nicht mehr genügen könne, ein überwundener Standpunct sei und von einer frischeren, entschiedeneren, rücksichtsloseren Kraft abgelöst werden müsse. Auch bei dieser Gelegenheit hörten wir wieder das jetzt landläufige Wort, die Mittelparteien hätten heutzutage keine Berechtigung mehr, nur noch der „entschiedene Liberalismus" könne es mit der Reaction aufnehmen. In einem fortschrittlichen Blatt lesen wir die recht bezeichnende Bemerkung, der Protestanten-Verein stelle gewissermaßen die nationalliberale Partei in der Kirche vor und müsse wie diese von den „Entschiedenen" abgelöst werden. Aber während auf politischem Gebiet das Schlagwort von der Unbrauchbarkeit und Werthlosigkeit vermittelnder gemäßigter Richtungen noch vollen Curs hat, lassen sich gegen den Radicalismus auf kirchlichem Gebiet doch schon besorgte und warnende Stimmen hören. Es ist recht beachtenswerth, daß in demselben Augenblick, wo die kirchliche Volkspartei den Protestantenverein ablösen will, die kirchlichen Gemeindewahlen in Berlin conservativ-orthodox ausfallen. Der Radicalismus fördert eben allenthalben nur die Reaction. Es wird nicht lange dauern, bis man Dies auch auf politischem Gebiet wieder allgemeiner einsieht und zugestehen muß, als es jetzt noch der Fall ist. — Wie wenig jetzt strict liberale Blätter mit der Bildung einer „kirchlichen Volkspartei" einverstanden sind, geht auch aus folgender Ausführung der „Nat.-Ztg." hervor:

„Der 1. Parteitag der Kalthoff'schen „kirchlichen Volkspartei" am letzten Sonntag hat gezeigt, daß diese so geräuschvoll wie reitende That für die preußische Landeskirche und speciell die evangelische Kirche Berlins angepriesene neue Organisation in religiöser Hinsicht ungefähr auf dem Boden der Uhlich'schen Lichtfreunde, in kirchenpolitischer ganz auf dem Programm der Fortschrittspartei steht. Die Hoffnung auf wirksame Unterstützung seitens der fortschrittlichen Parlamentarier, von denen einige persönlich erschienen waren, klang denn auch stärker durch, als mit der Selbstständigkeit und dem prätendirten kirchlichen Charakter der jungen Parteibildung vereinbar ist. Immerhin mag dieselbe als kirchliche Filiale der politischen Fortschrittspartei in Berliner Kreisen einigen Anhang finden. Daß sie aber mit ihrem Radicalismus für die deutsche evangelische und speciell die Berliner Kirche von Segen sein könne, müssen wir bestreiten."

Als eine verständliche, wenn auch vielleicht nicht billigenswerthe Folge des Mischehenstreites verdient eine Bewegung größere Aufmerksamkeit, die sich gegenwärtig in evangelisch-orthodoxen Kreisen vollzieht und auf Repressionen gegen die Unduldsamkeit der katholischen Kirche abzielt. Eine Reihe von Kreissynoden und anderen zur Beschlußfassung befugten kirchlichen Versammlungen hat sich nämlich in den letzten Wochen mit der Erörterung der Frage beschäftigt, ob und welche Gegenmaßregeln protestantischerseits gegen die vaticanische Erschwerung der Mischehen zu treffen seien, und es sind dabei mehr oder weniger energische Beschlüsse gefaßt worden, von denen beispielsweise derjenige einer westfälischen Kreissynode hier Platz finden mag. „Ein Kirchenglied", so wurde dort resolvirt, „welches sich verpflichtet, seine sämmtlichen Kinder der religiösen Erziehung in einer nichtevangelischen Religionsgesellschaft zu überlassen, ist der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, sowie des kirchlichen Wahlrechts, in schweren Fällen auch des Rechtes der Taufpathenschaft verlustig zu erklären. Inwieweit die Entziehung dieser Rechte auch da einzutreten hat, wo die gedachte Pflichtverletzung ohne vorangegangenes Versprechen thatsächlich vorliegt, bleibt dem Ermessen der zuständigen Organe überlassen. Kirchenglieder, welche von den hiernach zulässigen Maßregeln der Kirchenzucht betroffen werden, sind vom heiligen Abendmahl zurückzuweisen, wenn dieselben als unfähig angesehen werden müssen, die Gnadengabe im Segen und ohne Aergerniß der Gemeinde zu empfangen. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Unterlassung der kirchlichen Pflicht sich durch öffentliche Reden oder Handlungen als Verachtung des Wortes Gottes sich kennzeichnet." Die Gesinnung, aus welcher ein so entschiedener Protest hervorgegangen, ist gewiß die ehrenwerthste von der Welt, aber gefallen kann sie denen nicht, welche die Aufgabe der evangelischen Kirche in der Milde und Langmuth erfüllt sehen und nicht in einer zelotischen Anwendung des Satzes: „Wie du mir, so ich dir." Indessen kann nicht verschwiegen werden, daß es sehr maßgebende Persönlichkeiten innerhalb der Landeskirche giebt, welche das Vorgehen jener Synoden billigen und selbst durchblicken lassen, daß dasselbe im evangelischen Oberkirchenrath offene Sympathien gefunden habe. Ist das Letztere der Fall, so erscheint es nicht recht begreiflich, weshalb der Oberkirchenrath die Ordnung der Angelegenheit im Wege der Kirchenzucht nicht selber in die Hand nimmt. Wenn er dies bisher unterlassen, so liegt es statt jener, nicht gerade nahen Deutung seines Verhaltens doch viel näher, anzunehmen, daß es für politisch und kirchlich nicht opportun befunden worden sei, der katholischen Anschauung von den Mischehen ein ebenso trotziges Paroli zu biegen."

Die Wahlvorbereitungen in Preußen haben in den letzten Wochen rüstige Fortschritte gemacht und können jetzt in den meisten Wahlkreisen als ziemlich vollendet gelten. Ueberall sind bereits bestimmte Candidaten aufgestellt; in weitaus der Mehrzahl der Wahlkreise bewerben sich die bisherigen Abgeordneten aufs Neue um ein Mandat; freiwilliger Rückzug aus dem parlamentarischen Leben findet in verhältnißmäßig wenigen Fällen statt. Compromisse unter den liberalen Parteien sind in einer Reihe von Fällen zu Stande gekommen, in noch mehreren nicht. Jedenfalls wird man aber auch hier wenigstens ein festes Zusammenstehen bei engeren Wahlen erwarten dürfen. Ausgeschlossen ist für die Nationalliberalen unter allen Umständen die Unterstützung eines Ultramontanen bezw. eines welfisch-polnischen Schleppträgers des Centrums. Nach allgemein verbreiteter Annahme finden die Wahlen am 19. bezw. 26. October statt.

Herr Eugen Richter hat eine Wahlreise nach Schleswig-Holstein angetreten, um gegen die nationalliberalen Candidaten und bisherigen Abgeordneten Francke und Schütt zu arbeiten und seine im Widerspruch mit den gesammtliberalen Abmachungen aufgestellten fortschrittlichen Candidaturen in Tondern und Pinneberg zu befördern. Dies Auftreten beweist, wie wenig es dem Führer des Berliner Fortschritts um Beilegung der Differenzen in seiner eigenen Partei zu thun ist und wie eifrig er seine auf die Vereitelung aller Liberalen Einigungsversuche gerichteten Bestrebungen verfolgt.

SLUB
Wir führen Wissen.